

RÜSTUNG

Vagabundierende Waffen

Auch leichte Waffen stiften schweren Schaden: Pistolen, Gewehre sowie tragbare Mörser und Raketenwerfer töten in kriegerischen Konflikten jedes Jahr 200 000 bis 300 000 Menschen. Jetzt will die Uno die Verbreitung der „small arms and light weapons“ stoppen. Zu diesem Zweck veranstaltet die Weltorganisation nächste Woche in New York ihre erste umfassende Konferenz. Der vergangenen Freitag für eine zweite Amtszeit wiedergewählte Generalsekretär Kofi Annan sieht „einen Teufelskreis, in dem das Gefühl von Unsicherheit zu einer größeren Nachfrage nach Waffen führt, die wiederum eine noch größere Unsicherheit verursacht“. Doch die Chancen, dass die Konferenz verbindliche Schritte zur Eindämmung der Waffenflut beschließt, sind minimal. Als Bremser profilieren sich arabische Staaten, China und Russland. Ein Moskauer Diplomat bezeichnete Unterhändler der Europäischen Union, die ein schärferes Vorgehen gegen Waffenexporte fordern, als „westliche Radikale“. Doch auch im westlichen Lager herrscht nach Auskunft von Diplomaten in wesentlichen Punkten Uneinigkeit: So wollen die USA weiterhin Rebellenorga-



Bürgerkriegskämpfer in Sierra Leone

nisationen mit Waffen versorgen, während die EU-Länder nur souveräne Staaten als Rüstungskunden akzeptieren möchten. Zudem dürften nach EU-Meinung keine Lieferungen in Bürgerkriegsgebiete erfolgen. Offen bleibt auch die Frage, wie die Pisto-

RUSSLAND

Monopol auf Strom

Um die Stromerzeugung und Energieversorgung im russischen Riesereich zu verbessern, soll der halbstaatliche Energiekonzern Rao Jes neu organisiert werden. Obwohl der Umbau erst im Jahr 2004 abgeschlossen sein soll, droht Präsident Wladimir Putin schon jetzt der schwerste Wirtschaftskonflikt seiner bisherigen Amtszeit – mit seinen Wirtschaftsreformern auf der einen und Rao-Jes-Chef Anatolij Tschubais auf der anderen Seite. Der betreibt die Aufspaltung seines marktbeherrschenden Unternehmens in rund ein Dutzend scheinbar selbständiger Energieerzeuger. Doch das Leitungsnetz soll landesweit im Besitz der dann in eine Holding umgewandelten Rao Jes bleiben – was einem Monopol durch die Hintertür gleichkäme. Kommunen, Regionalverwaltungen und Industrieverbände laufen Sturm gegen die Pläne des einstigen Chef-Privatisierers der russischen Wirtschaft: Allein im vergangenen Jahr stiegen die russischen Strompreise um 38 Prozent. Die Verbraucher fürchten, ohne wirkliche Konkurrenz noch kräftiger zur Kasse gebeten zu werden. Dazu kommt der verbreitete Argwohn, bei vollständiger Privatisierung des auf rund 275 Milliarden Mark geschätzten Konzerns würden schon wieder Vermögen in private Taschen und auf schwarze Auslandskonten



Strom-Chef Tschubais



Schaltzentrale in russischem Kraftwerk

wandern. Die Regierung hat den Tschubais-Plan bereits abgesegnet, aber die letzte Entscheidung liegt beim Präsidenten. Dessen Wirtschaftsberater Andrej Illarionow warnt: „Alle wirklichen Fachleute“ hätten sich gegen diese Reorganisation ausgesprochen, die „allein im Interesse des Rao-Managements“ läge. Doch Tschubais, mit Putin aus gemeinsamen Petersburger Reformen-Zeiten bekannt und vom Präsidenten unlängst spöttisch als „Mann mit schlechter Kreditwürdigkeit“ bezeichnet, gilt dem Kreml als Angst-Gegner und einzig wirklich gefährlicher Herausforderer für die Zukunft. Das Volk witzelt bereits: Wenn im Kreml das Licht brennt, bedeutet das: Putin arbeitet. Wenn es nicht brennt, arbeitet Tschubais.

USA

Washington erwägt Cyber-Schlag

Der jahrelange erfolglose Kampf gegen Hacker, die geheime Dateien des Pentagon und anderer Militärdienststellen herunterladen und verschwinden lassen, frustriert amerikanische Sicherheitsexperten. Ein Militärsprecher warnte bereits, in Zukunft würden alle Zivilisten, die sich unbefugt Zugang zu militärischen Daten verschafften, als „illegale Kombattanten“ – elektronische Freischärler sozusagen – und als Kriminelle verfolgt. Sollte hingegen eine ausländische Macht hinter den seit über drei Jahren andauernden Attacken stecken, würden die USA auch einen elektronischen Gegenschlag erwägen. Nach ihren Internet-Scharmützeln mit Chinesen, die vor wenigen Wochen Hunderte US-Websites, darunter auch die des Weißen Hauses, blockierten, um so gegen den Luftzwischenfall vor der Insel Hainan zu protestieren, steuert Washington nun auf einen Konflikt mit Moskau zu. Bis zu russischen Internet-Servern ließen sich nämlich etliche der Spuren verfolgen, die Hacker bei ihren Raubzügen durch geheime US-Datenbanken hinterließen. Die Bitte um Fahndungshilfe blieb in Moskau allerdings ebenso erfolglos wie ein förmlicher diplomatischer Protest. Ronald Dick, der für die Bundespolizei FBI ein Zentrum zum

RUMÄNIEN

„Eine neue Generation ist an der Macht“

Ministerpräsident Adrian Nastase, 51, über seine Reformpolitik und die deutsche Vormachtstellung in Europa

SPIEGEL: Herr Ministerpräsident, welche Fortschritte hat Rumänien seit dem Sturz Ceausescus gemacht?

Nastase: Die wirtschaftliche Übergangsphase ist zum Teil abgeschlossen. Eine neue Generation von Politikern ist an der Macht.

SPIEGEL: Sie waren langjähriges KP-Mitglied und sind nun Premier; Ceausescus einstiger Kronprinz Ion Iliescu erlebt seine dritte Amtszeit als Präsident. Ist das die „neue Generation“?

Nastase: Ich selbst habe vor 1989 keine Politik betrieben. Ich war eines von vier Millionen einfachen Parteimitgliedern. Was Präsident Iliescu anlangt: Er hat den Verlust der Wahlen 1996 akzeptiert und den Wandel demokratisch mitgetragen.

SPIEGEL: Ihre Partei, die ehemalige Rettungsfront, hat jetzt die kleine Sozialdemokratische Partei geschluckt und trägt deren Namen. Wird das die Gespräche mit Gerhard Schröder diese Woche in Berlin erleichtern?

Nastase: Unser Parteiensystem hat sich dem internationalen Standard weitgehend angeglichen. Von 200 Parteien im Jahr 1990 sind nur jene übrig geblieben, die sich nach westlichem Vorbild ausgerichtet haben. Unsere Beziehungen zur SPD sind exzellent.

SPIEGEL: Sie vertreten die Meinung, Deutschland sei die Lokomotive in Europa, und alle anderen Länder seien Waggons. Wie sollen die Lokführer aus Berlin Ihnen auf dem schweren Weg nach Europa helfen?

Nastase: Deutschland hat bisher andere Prioritäten gesetzt – Polen, Ungarn, Tschechien, Slowakei. Aber nachdem Jugoslawien praktisch von der Landkarte verschwunden ist, spielt Rumänien eine besonders wichtige Rolle hier in dieser Region. Wir rechnen mit einem positiven Votum der Deutschen im EU-Ministerrat für die vollständige Abschaffung der Visapflicht für Rumänien. Sie diskriminiert unsere Staatsbürger verglichen mit jenen anderer Beitrittskandidaten. Außerdem brau-

chen wir noch mehr Investitionen aus Deutschland.

SPIEGEL: Bei seinem letzten Besuch in Bukarest 1999 hat Schröder Ihren Vorgänger Radu Vasile für seine allzu zaghafte Reformpolitik abgekanzelt wie einen Schuljungen. Droht Ihnen in Berlin Ähnliches?

Nastase: Ich bin seit vielen Jahren Professor an der Universität Bukarest. Ich kann mich zur Wehr setzen.

SPIEGEL: Zwölf Jahre nach dem Sturz Ceausescus lebt beinahe jeder zweite Rumäne in Armut. Ist das nicht eine Bankrotterklärung der demokratischen Parteien?

Nastase: Rumänien hat nach 1989 seine Märkte im Osten verloren und auch in den arabischen Ländern. Die Eigentumsverhältnisse bei uns haben sich grundlegend geändert. Die politische Klasse hier war auf all das nicht vorbereitet.



Premier Nastase

SPIEGEL: Internationaler Währungsfonds und Weltbank behandeln Rumänien immer noch wie einen unbelehrbaren Zögling.

Nastase: Das ist ein altes Klischee. Die Weltbank hat uns signalisiert, dass wir uns ausreichend bewegen, und im Fall des Währungsfonds sind wir jetzt sehr nahe an einem Grundlagenabkommen.

SPIEGEL: Wann will Rumänien in die Nato und in die Europäische Union aufgenommen werden?

Nastase: Nicht früher und nicht später als nach dem Nato-Gipfel im November nächsten Jahres in Prag, zu dem wir hoffentlich eingeladen werden. Die Verhandlungen mit der EU wollen wir 2004 beenden.



ENIC MARTY / AP

len und Gewehre markiert werden könnten. Durch eine Kennzeichnung hoffen Experten, das „Vagabundieren“ der Tod bringenden Ware von einem Krieg zum nächsten besser kontrollieren zu können.

Schutz der Infrastruktur leitet, berichtete kürzlich, dass amerikanische Militärdienststellen allein in den Jahren 1999 und 2000 mehr als 1300 schwere Cyber-Angriffe überstehen mussten. Die Eindringlinge, die bei ihren Raubzügen in den Zielcomputern oft getarnte Schnüffel-Programme installieren, die ohne weiteren Eingriff von außen interessante Dateien ausspähen und an unbekannte Empfänger weiterleiten, gehen so raffiniert vor, dass sie sogar einen Großteil jener neuen Passwörter abfangen konnten, welche die gegnerische Wühlarbeit unterbinden sollten. Auch allen jüngsten Versuchen, militärische Geheimnisse besser zu schützen, geben Experten wenig Chancen. Regelmäßig versuchen Tester des Pentagon in militärische Computernetze einzudringen – gewöhnlich mit Erfolg. In 99 Prozent der Fälle wird das unerlaubte Eindringen von den autorisierten Nutzern der Netzwerke nicht einmal bemerkt.



D. BURNETT / CONTACT / AGENTUR FOCUS

US-Verteidigungsministerium